

Inhalt

Einleitung	
Paradoxien der Verantwortung	
	9
Das Dilemma der Verantwortung. Ein Prinzip in der Krise	
	16
Verantwortung als Preis der Moderne. Skeptische Anmerkungen zur Verantwortungskonjunktur	
	31
Schwierigkeiten mit der Verantwortung. Zur Lage der gegenwärtigen Verantwortungsdiskussion	
	57
Grenzen der Verantwortungsgesellschaft. Verantwortung in komplexen sozialen Prozessen	
	73
Handeln in der Ungewissheit. Kulturelle Voraussetzungen der Verantwortungsgesellschaft	
	109
Unbestimmte Verpflichtungen. Von der Pflicht zur Verantwortung	
	127

Das Ende der Kontrolle.
Eine Verteidigung der Unverantwortlichkeit

155

Verantwortung als Schicksal.
Der überforderte Mensch

174

Danksagung

224

Anmerkungen

225

Einleitung

Paradoxien der Verantwortung

Es ist unübersehbar, dass der Verantwortungsbegriff gegenwärtig eine enorme Konjunktur erlebt. Während in den siebziger und achtziger Jahren das »Prinzip Verantwortung« (Hans Jonas) in erster Linie auf die Fortschrittsprobleme der technologischen Zivilisation gerichtet war, stehen heute soziale und ökonomische Fragen im Vordergrund. Der Ruf nach Verantwortung erschallt vor allem dort, wo es um den Umbau des Sozialstaats mit seiner unbezahlbar gewordenen Versorgungsbürokratie und um die Entfesselung der Marktwirtschaft geht, die in ihre moralischen Schranken gewiesen werden soll. Dagegen spielt die Verantwortbarkeit von Technikfolgen und wissenschaftlicher Forschung inzwischen eine eher marginale Rolle, wenn man von den aktuellen bioethischen und neurowissenschaftlichen Debatten absieht.

Woher rührt diese Aktualität? Der Begriff der Verantwortung dient von Hause aus der Berücksichtigung von Handlungsfolgen, die auf menschliche Entscheidungen zurückgehen. So tragen wir keine Verantwortung für das schlechte Wetter, wohl aber für klimatische Veränderungen, die durch unsere Eingriffe in die Natur entstanden sind. Verantwortung übernehmen wir auch für Konsequenzen, die wir nicht direkt verursacht haben, die uns aber gleichwohl in einem erweiterten Sinn zugerechnet werden können. In diesem Sinn fällt Politikern qua Amt die Verantwortung für Fehlentscheidungen zu, die sie nicht selbst begangen haben. Darüber hinaus sind wir verantwortlich für diejenigen, die unserer Obhut und Fürsorge unterstellt sind, so wie Eltern für das Wohl ihrer Kinder verantwortlich sind.

Diese Eigenschaften machen die Kategorie der Verantwortung attraktiv für die Bewältigung komplexer Problemlagen, die für moderne Gesellschaften typisch sind. Das Verantwortungsbewusstsein ist dadurch gekennzeichnet, dass es sich auf

nichtintendierte Handlungsfolgen richtet, mögliche Risiken und Unsicherheiten in Planungen einbezieht. Zum Handeln aus Verantwortung gehört aber auch, dass man jenseits der Zuständigkeit Aufgaben erfüllt und Schäden verhindert. Wer Verantwortung übernimmt, handelt aus Gründen der Freiwilligkeit, der Sorgfalt und Umsichtigkeit. Die Übernahme von Verantwortung erschöpft sich nicht in der Rechenschaft für begangene Fehler, sondern umfasst das Engagement für gemeinsame Ziele, die Herstellung positiver Zustände und die Sorge um den Anderen.

Das Prinzip der Verantwortung reicht somit weit über den Bereich der engen Verpflichtungen hinaus. Verantwortung übernehmen wir vielfach dort, wo eindeutige Pflichtverhältnisse enden. Das bedeutet nicht, dass Handeln aus Verantwortlichkeit weniger verpflichtend wäre. Es beruht vielmehr auf einer erweiterten Form der Verpflichtung, die durch Moralität, Voraussicht und Urteilskompetenz gekennzeichnet ist. Wir müssen im Grunde schon sehr viel mitbringen, um verantwortlich handeln zu können. Zur Verantwortungsfähigkeit gehört ein ganzes Bündel an Vermögen und Fertigkeiten, die vom persönlichen Moralbewusstsein über praktisches Handlungswissen bis zum Umgang mit Unsicherheit reichen. Zu den Voraussetzungen der Verantwortungsübernahme zählen aber auch die Abwesenheit von Zwang, körperliche und geistige Gesundheit, eine materielle Grundversorgung und ein angemessenes Bildungsniveau.

Ohne entsprechende soziokulturelle Voraussetzungen läuft der Ruf nach Verantwortung ins Leere und nimmt paradoxe Züge an. Dies gilt umso mehr unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften, die durch die Ausdifferenzierung sozialer Subsysteme, die Eigendynamik technologischer und wirtschaftlicher Prozesse und durch pluralistische Lebensformen gekennzeichnet sind. Niklas Luhmann hat deshalb die Einforderung von Verantwortung als »Verzweiflungsgeste« bezeichnet und davor gewarnt, mit Hilfe moralischer und rechtlicher Kategorien in die Selbstorganisation der gesellschaftlichen Teilsysteme einzugreifen. Das Risiko der Steuerung erschien ihm ungleich höher als die Gefahren, die mit der eigensinnigen Ordnungsbildung von sozialen Systemen einhergehen.

Die heute zu beobachtenden Paradoxien der Verantwortung bestehen darin, dass ein personalistischer Begriff auf systemische Prozesse übertragen wird. Das Antworten und die Rechenschaft, auf denen die Verantwortung ursprünglich beruhte, haben in der Systemlogik, der hochmoderne Sozialordnungen gehorchen, keinen Platz mehr, und doch gehen wir weiter von ihrem Vorhandensein aus. Verantwortung lässt sich im Recht, aber auch in der Moral nicht anders denken als das Entstehen für eine begangene oder zu vollziehende Handlung, die jemandem gerechtfertigterweise zugeschrieben werden kann. In komplexen Gesellschaften erfordert diese Zuschreibung einen Brückenschlag zwischen agierenden Personen und operierenden Systemen, der nur durch eine wechselseitige Verantwortungsteilung geleistet werden kann. Etwas verkürzt könnte man sagen: Systeme operieren verantwortlich, indem sie Entscheidungsprozesse personalisieren, während Personen verantwortlich handeln, indem sie Verantwortung an Systeme delegieren.

Das Scharnier zwischen Akteuren und Systemen bilden soziokulturelle Rahmenbedingungen, die dafür sorgen, dass komplexe Prozesse auch dann als verantwortbare Handlungsvollzüge erfasst werden können, wenn sie sich nicht auf das Handeln von jemandem zurückführen lassen. Zu diesen Rahmenbedingungen zählen institutionelle Ordnungen, die Verfahrens- und Zuschreibungsregeln vorgeben, nach denen Akteuren ihr Handeln zugerechnet werden kann und die sich notfalls mit rechtlichen Mitteln durchsetzen lassen.

So ist an die Stelle der Vorstellung, dass die Aufgabe des Sozialstaats in der traditionellen Daseinsvorsorge der Gesellschaftsmitglieder liege, die Auffassung getreten, der Staat müsse vor allem für die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Selbstorganisation sorgen. Danach liegt die staatliche Verantwortung in der Bereitstellung und Gewährleistung von Infrastrukturen, die einen kollektiven Umgang mit Risikoprozessen und die kooperative Förderung des Gemeinwohls ermöglichen. Dies geschieht dadurch, dass der Staat einen Teil seiner Verantwortung an soziale Akteure und Organisationen, aber auch an die Verwaltung und Unternehmen delegiert, von denen man annimmt, dass sie besser

in der Lage sind, aktuelle Probleme wie Arbeitslosigkeit, Klimaschutz oder Fundamentalismus zu bewältigen.

Für diese Bewältigung sind kulturelle Ressourcen notwendig, aus denen sich die Überzeugungen, Kenntnisse und Fertigkeiten sozialer Akteure speisen. Die Kultur stellt nicht nur Wert- und Sinnorientierungen zur Verfügung, sie wird auch als Programm wirksam, das zur Kontextsteuerung eigensinniger Systemprozesse beiträgt. So macht etwa die Rede von der Organisations- oder Unternehmenskultur deutlich, dass man unter Kultur nicht allein überlieferte Traditionen, Moral und symbolisches Handlungswissen verstehen darf. Die Kultur bildet vielmehr ein Medium der reflexiven Beobachtung, das die Ausbildung innovativer Problemlösungen befördert. Kultur sorgt dafür, dass Systeme an ihre Umwelten rückgekoppelt werden und durch Irritationen von außen zu veränderten Formen der Selbstorganisation übergehen, so wie das Wirtschaftssystem seit geraumer Zeit den Kode der Moral in Gestalt von Corporate Social Responsibility-Programmen aufgenommen hat.

Man mag in diesen Entwicklungen Ablenkungsmanöver sehen, es wäre jedoch ein gravierender Fehler, die moralische Lernfähigkeit sozialer Systeme durch kulturelle Programmierungen zu unterschätzen. Wir erleben sie allenthalben, sei es in den medialen Kommentierungen der Politik, den Protesten von Nichtregierungsorganisationen oder der ästhetischen und religiösen Rebellion gegen das moderne Leben. Zu den Paradoxien der Verantwortung gehört auch, dass sie sich nicht durch direkte, sondern indirekte Aktionen ausbildet. Verantwortungsgesellschaften lassen sich nicht planen oder durch die Verordnung bürgergesellschaftlichen Engagements realisieren. Man sollte aus der Verantwortung keine neue Utopie machen, sondern sie als Option betrachten, deren Verwirklichung von erheblichen Kontingenzen abhängt.

Der Umgang mit diesen Kontingenzen wird darüber entscheiden, ob eine funktionierende Verantwortungsgesellschaft realisierbar ist. Mit der Forderung nach stärkerer »Eigenverantwortung« und »Mitverantwortung«, wie sie im Zentrum der Agenda 2010 steht, ist der Abschied vom Wohlfahrtsstaat egalitaristischer Prägung eingeleitet. Die Gleichbehandlung der Gesellschaftsmitglieder wird von ihrer Bereitschaft ab-

hängig gemacht, die Verwirklichung der Lebenschancen in die eigenen Hände zu nehmen. Auch wenn die materielle Grundversorgung weiter garantiert ist, bedeutet der Übergang zum aktivierenden Sozialstaat, dass die willkürlichen Nachteile, die dem Bürger durch seine natürliche Ausstattung und soziale Lage zufallen, in geringerem Umfang kollektiv ausgeglichen werden. Die Individualisierung von Risiken nimmt zu, mit ihr aber auch die Einsicht, dass die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit an die Verantwortung für das eigene Handeln gekoppelt ist, die den Zufall der Natur und der gesellschaftlichen Position einschließt.

Zur Verantwortung gehört deshalb das Unverantwortbare, das übernommen werden muss: die persönlichen Talente, die Eigendynamik komplexer Prozesse, der Pluralismus moderner Lebensformen. Aus diesem Grund sollte die Forderung nach mehr Selbst- und Mitverantwortung in den Kontext ihrer gesellschaftlichen Umsetzung zurückgestellt werden. Wir müssen genauer hinschauen, ob die soziokulturellen Ermöglichungsbedingungen gegeben sind und ob es den Akteuren zumutbar ist, ihr Handeln an den Maßstäben der Verantwortung auszurichten. Es muss deutlich gemacht werden, inwieweit der Staat seine Bürger in die Selbständigkeit entlässt oder sie unter dem Deckmantel der Eigenverantwortung ihrem Schicksal überlässt.

Das bedeutet nichts anderes, als den Blick genauer auf die Paradoxien der Verantwortung zu richten, die beides zugleich bedeuten kann: die Förderung einer eigenständigen Lebensführung, die sich durch die Bereitschaft zur stärkeren Selbstverpflichtung auszeichnet, und die Anpassung an die Zwänge der globalisierten Marktwirtschaft, die ihre Kosten auf die schwächeren Teilnehmer abwälzt. Der Weg in die Verantwortungsgesellschaft kann zum persönlichen Scheitern führen, aber auch dazu, soziale Herausforderungen durch verstärkte Eigeninitiativen zu bewältigen. Solange dies unklar ist, bleibt eine gehörige Portion Skepsis gegenüber der Konjunktur des Verantwortungsprinzips angebracht.

Die Beiträge dieses Buches, die in den letzten Jahren entstanden sind, kreisen um den paradoxen Kern der Verantwortung. Sie sind getragen von dem Zweifel, ob wir tatsächlich in

der Lage sind, die Herausforderungen hochmoderner Gesellschaften mit dem Passepartout der Verantwortung in den Griff zu bekommen. Hinter diesem Zweifel verbirgt sich gleichwohl die Hoffnung, dass dies möglich ist. Denn wenn es uns nicht gelingt, die in Gang gesetzten Prozesse in den Zuständigkeitsbereich des Menschen zurückzuholen, dürfte es schwierig sein, die Kontrolle über die gesellschaftlichen Entwicklungen zu behalten. Auf der anderen Seite bleibt es illusorisch, die sozialen Einzelprozesse so steuern zu wollen, dass sie unseren überlieferten Maßstäben der Vernunft und Moral entsprechen. Was die Vorstellung der Zurechenbarkeit von Systemvorgängen betrifft, bewegen wir uns vielfach noch auf dem Niveau einer früheren Moderne, in der die Eigendynamik sozialer Vorgänge durch den Glauben an ursächliche Kräfte und einflussreiche Akteure abgefedert wurde.

Diese Ursachen sind nicht mehr ohne weiteres auszumachen. Ratlosigkeit und Verunsicherung dominieren unsere Bemühungen, für die politischen, sozialen und ökonomischen Probleme der Zeit angemessene Lösungen zu finden. Diese Verunsicherung wird schon spürbar, wenn man sich rückblickend mit den Verantwortungsdebatten des ausklingenden 20. Jahrhunderts befasst, die im Zentrum der ersten drei Beiträge stehen. Die 1990er Jahre waren die Zeit, in der die Risiken des wissenschaftlichen Fortschritts, die ökologische Krise und die Erosion verbindlicher Werte und Normen im Vordergrund standen. Man muss heute feststellen: Der Ruf nach mehr Verantwortung hat wenig geholfen, für die anstehenden Probleme tragfähige Handlungsvorschläge zu entwickeln. Zurückschauend stoßen wir auf Dilemmata, Grenzen und zahlreiche Schwierigkeiten, die der Umsetzung des Verantwortungsprinzips in die komplexe Wirklichkeit der späten Moderne entgegenstehen.

Die nächsten drei Beiträge befassen sich mit der Diskussion um die Verantwortungsgesellschaft, die mit der zunehmenden Verlagerung der staatlichen Aufgaben in die Hände der Gesellschaftsmitglieder im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht. Auch hier treffen wir auf vielfältige Probleme, die mit der Suche nach neuen Verantwortungsmodellen und geteilten Verantwortlichkeiten einhergehen. Ein wesentliches Defizit besteht darin, dass die kulturellen Voraussetzungen der erho-

benen Forderungen nach stärkerer Eigenverantwortung und sozialer Mitverantwortung nicht genügend berücksichtigt werden. Dieses Defizit resultiert zum Teil daraus, dass immer noch große Unklarheit darüber herrscht, ob die Kategorie der Verantwortung verbindliche Handlungspflichten umfasst oder auf der freiwilligen und nicht erzwingbaren Bereitschaft beruht, sich um kollektive Belange und das soziale Gemeinwohl zu kümmern.

Die letzten beiden Beiträge sind den Widersprüchen und Belastungen gewidmet, die durch überzogene Verantwortungsforderungen entstehen können. Die Rhetorik der Selbstverantwortung klammert vielfach die tatsächlich erforderlichen Fähigkeiten der Betroffenen aus und ruft kontraproduktive Effekte der sozialen Isolation und psychischen Erkrankung hervor. Anstatt das Individuum durch unerfüllbare Ansprüche zu überfordern, sollten wir dem Unverantwortbaren einen größeren Stellenwert einräumen. Das bedeutet auch, unsere Fehlbarkeiten und unser Scheitern zu akzeptieren. Die Lasten der Verantwortung lassen sich am besten tragen, wenn wir sie ein Stück weit dem Zufall und dem Schicksal überantworten, denen wir sie verdanken.

Das Dilemma der Verantwortung. Ein Prinzip in der Krise

Ohne Verantwortung geht schon seit längerem nichts mehr. Das zeigt ein Blick zurück auf die 1990er Jahre. Ob seinerzeit ein großer Autohersteller seine Produkte mit dem Slogan »Verantwortung mit Vergnügen« (Opel-Werbung) anpries, der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle angesichts des instabilen Friedens in Europa Deutschlands »Mut zur Verantwortung« einforderte oder der FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle den Wechsel von der »Gefälligkeits- zur Verantwortungsdemokratie« propagierte: das Zauberwort der neunziger Jahre für öko-bewusste Neuwagenkäufer, die trotz Klimawandel ihren Spaß haben wollten, genauso wie für den krisengeschüttelten Politiker, der nach einem Passepartout aus der weltpolitischen Misere suchte, lautete Verantwortung.

Wie immer, wenn ein Schlagwort in massiver Konzentration auftritt, steckt ein ernst zu nehmendes Problem dahinter. Wenn in dem CDU-Grundsatzprogramm von 1993 auf 72 Seiten über 125mal das Wort Verantwortung auftaucht, von den einzelnen Beiträgen gar nicht zu reden, dann ist etwas nicht in Ordnung.¹ Friedrich Tenbruck äußerte schon 1982 in einem Vortrag über »Verantwortung und Moral« die Vermutung, dass die »jüngste Karriere« des Begriffs »eher ein Produkt der Not als das Ergebnis irgendeines Fortschritts«² sei. Er hat zweifellos Recht behalten. Hinter dem geballten Auftreten des Begriffs verbirgt sich ein ganzes Bündel von Nöten, die von der Erschöpfung des Sozialstaates über den allseits beklagten Verlust des Gemeinsinns bis zu den entfesselten Globalisierungseffekten von Wirtschaft und Politik reichen. Verantwortung – das ist heute nicht mehr, wie noch Hans Jonas und zuvor Max Weber meinten, eine Frage der Macht und Machtbegrenzung, sondern der anwachsenden Ohnmacht gegenüber den Aushöhlungen des Rechts- und Moralbewusstseins, dem Blindflug der Systeme und der In-